

Bürgerbrief

Ausgabe Dezember 2015/ Januar 2016



Liebe Bürgerinnen und Bürger,

Weihnachten naht mit großen Schritten, auch wenn wir im Landtag noch nicht viel davon mitbekommen. Hinzu kommen die Vorbereitungen für den Landtagswahlkampf, der im Januar sichtbar beginnen wird.

Dennoch will ich auch in diesem Jahr den Advent nutzen, um ab und zu Inne zu halten und diese ganz besondere Jahreszeit auf mich wirken zu lassen. Die zahlreichen Advents- und Weihnachtsfeiern bieten Gelegenheit, sich gemeinsam auf das vergangene Jahr zurückzubesinnen und bei Kerzenschein und Glühweinduft zur Ruhe zu kommen. Vielleicht begegnen auch wir uns bei einer dieser Gelegenheiten.

Ihnen allen wünsche ich nicht nur einen geruhsamen Advent und ein schönes Weihnachtsfest sondern auch einen guten Start in das Jahr 2016.

Herzliche Grüße



Ihr Georg Wacker

Neuigkeiten

■ Im Wahlkreis

Landesweiter Aktionstag der freien Schulen

Die Arbeitsgemeinschaft der Freien Schulen hat in diesem Jahr erneut einen landesweiten Aktionstag der freien Schulen veranstaltet. Dabei soll den Abgeordneten des Landtags von Baden-Württemberg unter dem Motto „Schenken Sie uns eine (Schul-)Stunde Ihrer Zeit“ ein persönlicher Eindruck von der Arbeit an den Privatschulen vermittelt werden. Ich habe in diesem Jahr das Privatgymnasium Weinheim besucht, um auf die aktuellen Problemlagen der Privatschulen aufmerksam zu machen.

Ich besuche natürlich regelmäßig sowohl öffentliche als auch private Schulen im ganzen Land. Dabei werden unterschiedliche Themen von der Pädagogik bis zur Ausstattung angesprochen. Am Aktionstag der freien Schulen geht es mir aber insbesondere darum, aktuelle Entwicklungen und Herausforderungen der Privatschulen wie z.B. die finanzielle Ausstattung zu thematisieren. Im Vorgespräch mit dem geschäftsführenden Schulleiter Uwe Rahn habe ich daher insbesondere auch die drastischen Veränderungen bei den Fördersätzen für die Freien Schulen durch die grün-rote Gesetzgebung thematisiert.



Zu Gast bei den Schülern des Privatgymnasiums in Weinheim.

Für uns als CDU ist das Absinken des Fördersatzes für die Gymnasien auf nur noch etwas mehr als 70 Prozent der Kosten nur schwer zu erklären. Leider haben die Regierungsfractionen von Grünen und SPD in der Sitzung des Bildungsausschusses am 11. November mit ihren Stimmen eine von uns beantragte Anhörung der Freien Schulen zu diesen Themen verhindert. Offenbar befürchtete man Kritik

der Privatschulen an der unzureichenden Bezuschussung der Inklusion und der Ganztagsbetreuung oder der einseitig aufgebürdeten Versorgungsabgabe für beamtete Lehrkräfte. Die Kritik der Privatschulen ist berechtigt – und ich erwarte, dass der Minister und die Regierungsfractionen sich dieser Kritik stellen.

Im anschließenden Gespräch mit Schülerinnen und Schülern der Kursstufe haben mich vor allem die Gründe interessiert, die bei der Schulwahl der Jugendlichen und ihrer Eltern ausschlaggebend waren, und ob die Erwartungen eingetroffen sind. Wenig überraschend waren es die Qualität der Betreuung und die kleineren Klassen, die das Privatgymnasium von öffentlichen Schulen unterscheiden und von den Schülerinnen und Schülern wertgeschätzt werden.

Beim Gespräch über die aktuelle Tagespolitik zeigten sich die Jugendlichen interessiert und informiert, insbesondere mit Blick auf die aktuellen Herausforderungen des großen Flüchtlingszustroms. Nicht nur die Situation vor Ort in Weinheim sondern vor allem auch die landes- und bundespolitischen Entscheidungen und Zuständigkeiten kamen zur Sprache. Für mich ist wichtig zu beobachten, dass die Aufnahmebereitschaft für Menschen, die an Leib und Leben bedroht sind, nach wie vor enorm hoch ist. Man kann aber zurecht erwarten, dass der Bund die Bearbeitung der Asylverfahren beschleunigt und die Landesregierung ihren Pflichten bei der Unterbringung, bei der Unterstützung der Kommunen und bei der konsequenten Abschiebung abgelehnter Asylbewerber nachkommt.

Ich habe mich gefreut, mit den jungen Leuten so offen und tiefgründig über die Tagespolitik sprechen zu können. Neugier und Interesse an aktuellen Themen sind die besten Voraussetzungen dafür, einen eigenen Beitrag zur Entwicklung unserer Gesellschaft beitragen zu können. Die Schülerinnen und Schüler des Privatgymnasiums Weinheim scheinen hierfür bestens gerüstet zu sein.

■ Weinheim

Vorlesetag an der Dietrich-Bonhoeffer-Grundschule

Anlässlich des 12. Bundesweiten Vorlesetages habe ich in diesem Jahr die Dietrich-Bonhoeffer-Grundschule in Weinheim besucht und Schülerinnen und Schülern der 4. Klasse aus dem Kinderbuchklassiker „Pu der Bär“ von A. A. Milne vorgelesen.

Bundesweit sind an diesem Tag über 100.000 Vorlese-Veranstaltungen registriert worden. Aufgerufen dazu wurde zum zwölften Mal von der Initiative „Wir lesen vor“ der Wochenzeitung DIE ZEIT, der Stiftung Lesen und der Deutsche Bahn Stiftung.

Ich freue mich jedes Jahr besonders auf diese Gelegenheit, meine Liebe für Bücher mit den Schülern zu teilen. Ich

habe selbst schon immer gern gelesen, und finde selbst in meinem angespannten Terminkalender immer ein wenig Zeit für ein gutes Buch.

Wer bereits in der Kindheit anfängt, in die Welt der Bücher einzutauchen, wird auch als Erwachsener immer wieder zu einem Buch greifen. Ich kann gar nicht oft genug betonen, wie wichtig das Vorlesen in der Familie für die Entwicklung der Kinder ist: Tägliches Vorlesen ist eines der schönsten Geschenke, die Eltern ihren Kindern machen können.

■ Stuttgart

Informationsfahrt in den Landtag



Bürgerinnen und Bürger waren herzlich eingeladen.

Zu einer Informationsfahrt in den Landtag von Baden-Württemberg habe ich Ende Oktober Bürgerinnen und Bürger meines Wahlkreises nach Stuttgart eingeladen. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer hatten zunächst die Möglichkeit, mit einer Führung durch die Dauerausstellung im Haus der Geschichte 200 Jahre baden-württembergische Landesgeschichte zu erkunden.

Am Nachmittag besuchten sie dann das provisorische Landtagsgebäude im Königin-Olga-Bau, verfolgten dort einen Teil der Plenardebatte und wir hatten die Gelegenheit, ein Gespräch zu führen. Dort konnten sie einige konkrete Fragen zur Arbeitsweise im Landtag und zu den aktuellen Themen der Plenardebatte stellen.

Insbesondere die Bewältigung der Flüchtlingsunterbringung durch das Land Baden-Württemberg spielte in der Diskussion eine entscheidende Rolle, da an diesem Tag die Forderung der CDU nach der Einrichtung von Transit-zonen die Plenardebatte bestimmt hatte. Den humanitären Auftrag nach einem menschenwürdigen Umgang mit den Asylsuchenden kann man auf Dauer nur erfüllen, wenn man die bisherigen organisatorischen Mängel und zeitlichen Verzögerungen bei der Registrierung der Flüchtlinge und im Asylverfahren in den Griff bekommt. Die Festlegung weiterer sicherer Herkunftsstaaten und die Einrichtung von Transit-zonen in Grenznähe könnten zu einer deutlichen Entlastung der Länder führen.

Aktuelle Flüchtlingslage – Herausforderung Integration

■ Schriesheim Informationsveranstaltung mit Landrat Stefan Dallinger



Die Informationsveranstaltung fand im Haus der Feuerwehr in Schriesheim statt. Rechts: Landrat Stefan Dallinger stellt aktuelle Zahlen vor.

Zu einer Informationsveranstaltung mit Landrat Stefan Dallinger habe ich Ende Oktober gemeinsam mit der CDU Schriesheim und ihrem Vorsitzenden Daniel Schneegaß ins Haus der Feuerwehr in Schriesheim eingeladen. Vor allem zahlreiche Stadt-, Gemeinde- und Kreisräte aus der Region, aber auch haupt- und ehrenamtlich in der Flüchtlingshilfe Aktive sind der Einladung gefolgt und ließen sich von Landrat Dallinger aktuelle Zahlen und Entwicklungen im Rhein-Neckar-Kreis vorstellen.

Angesichts des hohen Engagements und der nach wie vor ungebrochenen Bereitschaft vieler ehrenamtlicher Helfer vor Ort war es mir wichtig, den Bürgerinnen und Bürgern die Gelegenheit zum inhaltlichen Austausch auch mit den Verantwortlichen zu bieten. Uns geht es zum einen um Transparenz in Bezug auf die Situation vor Ort in den Städten und Gemeinden, zum anderen aber auch darum, was Bund und Land tun müssen, um die Kreise und die Kommunen zu unterstützen und zu entlasten.

Ein besonderer Schwerpunkt ist für mich die Situation der vielen Kinder und Jugendlichen unter den Flüchtlingen. Die Vorbereitungsklassen sind bisher immer nur zum Schuljahreswechsel eingerichtet worden, obwohl gerade die CDU das Kultusministerium immer wieder gemahnt hatte, rechtzeitig zusätzliche Klassen zu schaffen. Die Kapazitäten an den Schulen müssen laufend an die Nachfrage angepasst werden, so wie es die Kommunen beim Ausbau der Krippenplätze in den vergangenen Jahren vorgemacht haben.

Die Kommunen, die gemeinsam mit den freien Trägern zusätzliche Kindergartenplätze für Flüchtlingskinder organisieren müssten, könnten hier auf ihre Erfahrung aufbauen. Aber auch vom Land wird jetzt eine entsprechende Flexi-

bilität erwartet. Dass der Kultusminister inzwischen endlich reagiert hat, und auch im laufenden Schuljahr weitere Lehrerdeputate bewilligt, ist längst überfällig. Es geht hier nicht nur um die Gewährleistung der Schulpflicht sondern darum, dass die Integrationsleistung der Schulen immens ist – und der Schulbesuch daher im Sinne der Kinder und Jugendlichen aber auch ihrer Familien reibungslos funktionieren muss.

In einer ausführlichen Darstellung aktueller Zahlen, Standorte und organisatorischer Problemstellungen ging Landrat Dallinger insbesondere auf den unterschiedlichen Status der unterzubringenden Flüchtlinge ein. Man dürfe nicht die Flüchtlinge in den Erstaufnahmestellen mit den Flüchtlingen in der Zuständigkeit des Kreises verwechseln, und die Anschlussunterbringung durch die Kommunen sei noch einmal eine vollständig andere organisatorische Herausforderung. Der Rhein-Neckar-Kreis setze angesichts der großen Zahl aufzunehmender und zu betreuender Asylsuchender auf Gruppenunterkünfte, sei aber froh und dankbar, dass auch zahlreiche einzelne Wohnungen angeboten würden. Diese würden spätestens dann gebraucht, wenn die Flüchtlinge nach im Durchschnitt einem, maximal zwei Jahren in die Zuständigkeit der Kommunen übergehen. Dann sei die dezentrale Unterbringung und auch verstärkt die Integration der Neubürger gefragt. Bis dahin gehe es vor allem um eine menschenwürdige Unterbringung, um Sozialbetreuung und Sprachkurse.

In der anschließenden Diskussionsrunde ging es sachlich aber engagiert um Themen wie den ernsten und respektvollen Umgang mit Sorgen der Bürger bei gleichzeitiger Null-Toleranz für rechte Hetze und die künftigen Möglichkeiten, weitere Flüchtlinge in den Städten und Gemeinden unterzubringen.

■ Landesparteitag November Wiederwahl als Beisitzer im CDU-Landesvorstand

Beim Landesparteitag der CDU Baden-Württemberg im November bin ich in meinem Amt als Beisitzer im CDU-Landesvorstand bestätigt worden. Dort lege ich, wie auch im Landtag, einen deutlichen Schwerpunkt auf die Bildungspolitik, die vor allem mit Blick auf den anstehenden Landtagswahlkampf eine große Rolle spielen wird.

Ich habe mich sehr über das Votum der Delegierten gefreut. Unser nächstes gemeinsames Ziel heißt jetzt Regierungswechsel, und die große Zustimmung der Delegierten zum Regierungsprogramm zeigt, dass die Partei nicht nur personell sondern auch inhaltlich an einem Strang zieht.

■ Schriesheim Schulbauförderung transparent machen



Wie steht es um die Zukunft des geplanten Kurpfalz-Schulzentrums?

In Bezug auf die bauliche Zukunft des Kurpfalz-Schulzentrums in meiner Heimatstadt Schriesheim warne ich ausdrücklich davor, die Entscheidung auf der Basis von falsch verstandenen Förderrichtlinien des Landes zu fällen.

In der aktuellen Diskussion wird bisweilen der Eindruck erweckt, die Stadt Schriesheim könnte sowohl bei einer Sanierung als auch bei einem Neubau höhere Investitionszuschüsse erwarten, wenn die Realschule in eine Gemeinschaftsschule umgewandelt würde. Das ist sachlich so nicht zutreffend. Ein Umbau wird vom Land dann bezuschusst, wenn das pädagogische Konzept veränderte Raumzuschnitte notwendig macht. Auch die steigende Heterogenität an den Realschulen ist ein zwingender schulischer Grund, der geänderte Raumprogramme notwendig macht. Die Umwandlung in eine Gemeinschaftsschule per se ist also definitiv keine notwendige Bedingung für die finanzielle Förderung eines Umbaus durch das Land.

■ Tagung der bildungspolitischen Sprecher Wahl als Sprecher der Bildungspolitiker der Union

Im Rahmen der Tagung der bildungspolitischen Sprecher der Landtagsfraktionen von CDU/CSU am 25./26. September in München bin ich zum Vorsitzenden der Sprecher gewählt worden. Ich folge damit auf Hans-Jürgen Irmer aus Hessen, der bisher diese wichtige bildungspolitische Runde der CDU/CSU-Landespolitiker geleitet hat.

Der föderalistische Diskurs um die beste Bildung für unsere Kinder ist angesichts zentralisierender Bestrebungen aus anderen Parteien nicht einfach. In vielen Ländern gibt es Bestrebungen, die Bildungssysteme zu vereinheitlichen – was zu einer Abwärtsspirale bei den Bildungsstandards führen wird. Wir wollen uns als Sprecherrunde künftig noch aktiver zu aktuellen bildungspolitischen Fragen äußern und christdemokratische Bildungspolitik noch offensiver in die Schuldebatte einbringen.

Im Fall eines Neubaus ist es allerdings momentan in der Tat so, dass die Gemeinschaftsschule bei der Landesförderung privilegiert wird und die großzügige Landesförderung nur dann greift, wenn die Realschule die Umwandlung in einer Gemeinschaftsschule beantragt. Gerade diese Privilegierung der Gemeinschaftsschule gegenüber allen anderen Schularten ist es, die wir als CDU strikt ablehnen. Sie führt dazu, dass die Schulträger sich aus rein wirtschaftlichen Überlegungen in die pädagogischen Überlegungen der Schulen einmischen. Auch der baden-württembergische Städtetag hat diese Förderpraxis deutlich kritisiert.

Doch selbst mit diesem Zuschuss durch das Land könnte der Neubau einer Gemeinschaftsschule die Stadt Schriesheim teurer kommen als der Neubau einer Realschule. Der Raumbedarf für eine Gemeinschaftsschule ist deutlich höher als bei einer Realschule, was auch zu insgesamt höheren Baukosten führen würde. Entscheidend ist aber doch nicht die Höhe des Landeszuschusses sondern die absolute Höhe der Investitionssumme, die am Ende bei der Stadt Schriesheim hängen bleibt.

Im Übrigen wird die CDU für den Fall einer Regierungsübernahme im kommenden Frühjahr alles daran setzen, die Privilegierung der Gemeinschaftsschulen gegenüber den Realschulen einzustellen. So ist die Entscheidung zugunsten des Neubaus einer Gemeinschaftsschule zum jetzigen Zeitpunkt angesichts der langen Planungsdauer für die Stadt Schriesheim mit einem unnötigen Risiko behaftet.



Notiz aus Stuttgart:

Bildungsplanreform: Kultusminister darf kritische Rückmeldungen nicht unter den Teppich kehren

Zum Abschluss der Rückmeldefrist für die Anhörungsfassung der neuen Bildungspläne versucht der Kultusminister ein positives Bild der eingegangenen Rückmeldungen zu zeichnen. Das ist ein durchsichtiger Schnellschuss, denn eine sorgfältige Sichtung der differenzierten Rückmeldungen braucht Zeit. Auch uns erreichten zahlreiche Stellungnahmen von Verbänden, Hochschulen, Lehrkräften und Privatpersonen, die neben positiven Anmerkungen allerdings auch viele berechtigte und besorgniserregende Kritikpunkte enthalten.

Eine von Fachleuten vielfach geäußerte Kritik ist, dass die Verweise/Bezüge/Vernetzungen zwischen den einzelnen Fächern völlig willkürlich gesetzt und so für den Alltag unbrauchbar sind. Wie ein roter Faden zieht sich durch die Rückmeldungen, dass der gesamte Bildungsplan sprachlich zu verdichtet, verwirrend und dadurch unverständlich ist. Insbesondere die Aufteilung in inhaltsbe-

zogene und prozessbezogene Kompetenzen sei absolut verwirrend. Auch sei noch immer unklar, wie die politisch angeordneten Leitperspektiven mit den Fachlehrplänen zusammenpassen. Darüber hinaus liegen zahlreiche massive fachliche Kritikpunkte insbesondere aus den Fremdsprachen, der Biologie sowie der Informationstechnik vor.

Wir erwarten vom Kultusminister, dass er diese fundierten und kritischen Rückmeldungen ernst nimmt und nicht einfach unter den Teppich kehrt. Bildungspläne sind von großer Tragweite – insbesondere für die nachwachsende Generation – und dürfen nicht mit Blick auf den Wahltermin als Schnellschuss umgesetzt werden. Wir stehen dem Kultusminister in dieser wichtigen Frage gerne als konstruktiver Diskussionspartner zur Verfügung.¹

¹ Pressemitteilung 175/2015 der CDU-Landtagsfraktion vom 30. Oktober 2015

Termine:

Im Dezember bin ich bei zahlreichen Advents- und Weihnachtsfeiern zu Gast, die ich an dieser Stelle nicht im Detail aufzählen kann. Näheres erfahren Sie auf meiner Homepage.

Vorankündigung

Neujahrsempfang

Samstag, 16. Januar 2016, 17:00 Uhr

St. Remigius-Haus, Am Hirschplatz 6, Heddesheim



Als Festredner wird der hessische Kultusminister, Prof. Dr. R. Alexander Lorz, über christlich-demokratische Grundsätze für ein leistungs- und begabungsgerechtes Bildungssystem sprechen.

Ich freue mich, Sie bereits heute zu dieser Veranstaltung einladen zu dürfen.

Impressum

Verantwortlich für den Inhalt: Georg Wacker (MdL) · Adlerstraße 1/5 · 69123 Heidelberg

www.georg-wacker.de